

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Reinhard Houben, Dr. Marcel Klinge,  
Michael Theurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/23679 –**

**Freiraum für gesellschaftliches Leben erhalten – Veranstaltungswirtschaft  
schützen**

### **A. Problem**

Passgenauere und umfassendere Hilfen für die Veranstaltungswirtschaft; Gewährleistung eines Unternehmerlohnes und eines Zuschusses zu den Lebenshaltungskosten; Nachbesserung von bestehenden Kreditprogrammen.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Kosten**

Keine.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/23679 abzulehnen.

Berlin, den 4. November 2020

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Klaus Ernst**  
Vorsitzender

**Sabine Poschmann**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Sabine Poschmann

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/23679** wurde in der 187. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. Oktober 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion der FDP fordert passgenauere und umfassendere Hilfen für die von den Corona-Maßnahmen stark betroffene Veranstaltungswirtschaft. Antragsprozesse müssten schneller bearbeitet und vereinfacht werden. Außerdem müsse die Bundesregierung einen adäquaten Unternehmerlohn und einen Zuschuss zu den Lebenshaltungskosten gewährleisten. Bestehende Kreditprogramme für in Schieflage geratene Unternehmen sollten nach Ansicht der Antragsteller nachgebessert werden, mit längeren Laufzeiten und längeren tilgungsfreien Phasen. Weiter plädieren die Antragsteller für auf die Branche zugeschnittene Maßnahmen wie ein Konzept für die anteilige Erstattung von Planungskosten bei Veranstaltungen, die aufgrund der Pandemieentwicklung gescheitert sind. Österreich und sein Maßnahmenpaket für den Tourismus soll als Vorbild dienen.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 19/23679 in seiner 54. Sitzung am 4. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/23679 in seiner 90. Sitzung am 4. November 2020 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23679 zu empfehlen.

Berlin, den 4. November 2020

**Sabine Poschmann**  
Berichterstatlerin

